



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Gemeinsamer Antrag SPD-Fraktion GRÜNE-Fraktion	Drucksachen-Nr.: 20-3000 Datum: 25.05.2018
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Bezirksversammlung	Entscheidung 31.05.2018
	Bezirksversammlung	Entscheidung 28.06.2018

Partizipation in den Unterkünften mit der Perspektive Wohnen im Bezirk Eimsbüttel

Sachverhalt:

Im Bezirk Eimsbüttel werden zurzeit die Unterkünfte mit der Perspektive Wohnen (UPW) von Geflüchteten bezogen. Seit längerer Zeit regt u.a. der Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF) aktive Partizipationsinstrumente der Bewohnerinnen und Bewohner in diesen Unterkünften an. Die Beteiligung ermöglicht den Menschen die Erfahrung der eigenen Selbstwirksamkeit, sie begreifen sich so als ein Teil der Gemeinschaft. Dies ist ein Schlüssel zu einer gelungenen Integration.

In einem Modellprojekt in einer UPW in Jenfeld wurde diese Partizipation in Form eines Bewohnerrates umgesetzt. Dieser stellt sicher, dass Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner gezielt an die zuständigen Stellen kommuniziert werden und die Geflüchteten selbst Lösungsansätze entwickeln können.

Petition:

Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, die zuständige Bereichsleitung und Referentin von Fördern & Wohnen AöR zur Fragestellung der Umsetzung der Partizipation in Eimsbüttel in den Fachausschuss für Soziales, Arbeit, Integration, Gleichstellung und Gesundheit einzuladen, um eine Umsetzung der Partizipation in den Eimsbütteler UPW zu erörtern. Darüber hinaus soll zum gleichen Sitzungstermin der Verein Asmara's World in den Ausschuss eingeladen werden, um über die praktische Durchführung des Modellprojektes „Bewohnerrat“ zu berichten.

Charlotte Nendza-Ammar, Ines Schwarzarius und SPD-Fraktion
Ali Mir Agha, Falk Schmidt-Tobler und GRÜNE-Fraktion

Anlage/n:
keine